

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Paris mahnt - Asylflut stoppen - islamistischen Terror verhindern!

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Der Islam gehört nicht zu Deutschland - das muss sich künftig in der Bildungs-, Kultur- und Gesellschaftspolitik niederschlagen!

II. Der Landtag fordert:

1. Soll der islamistische Terror in Deutschland verhindert werden, muss die Zuwanderung aus fremden Kontinenten gestoppt werden!
2. In unserer Heimat sind islamistische Netzwerke zu verbieten. Die Akteure und Mitglieder sind aus Deutschland auszuweisen!
3. Unsere Heimat benötigt eine intensive Beobachtung von islamischen Parallelgesellschaften durch Polizei und Nachrichtendienste, um Gefahren für die autochthone deutsche Bevölkerung vorzubeugen.
4. Zum Schutz Deutschlands sind umfassende Grenzkontrollen wieder einzuführen. Zudem ist eine Aussetzung des Schengen-Abkommens unverzüglich umzusetzen!
5. Asylbewerber, die sich nicht identifizieren können oder wollen, sind bereits an der Grenze zurückzuweisen!
6. Deutschlands Beteiligung an Militäreinsätzen, die nicht im deutschen Interesse stehen, ist umgehend zu beenden!
7. Die Landesregierung soll mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf Bundesebene Initiativen ergreifen, die den Einsatz der Bundeswehr, insbesondere in Syrien, verhindert bzw. beendet.
8. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Sicherung der deutschen Grenzen durch die Bundeswehr ein!

III. Der Landtag begrüßt alle Maßnahmen, die die südeuropäischen Staaten bei der Sicherung der europäischen Außengrenzen unterstützen!

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die islamistischen Terror-Anschläge von Paris machen deutlich, welche Risiken die Massenzuwanderung für ganz Europa mit sich bringt. Die verantwortungslose Politik der offenen Grenzen hat es mit sich gebracht, dass die europäischen Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind zu kontrollieren, wer sich Zutritt zu ihrem Territorium verschafft. Selbst durch die an der bayerisch-österreichischen Grenze eingeführten, sporadischen Grenzkontrollen können laut Polizeiangaben nur rund zehn Prozent der Zuwanderer registriert werden. Hinzu kommt, dass die Sicherheitsbehörden davon ausgehen, dass 30 Prozent der Asylbewerber fälschlicherweise angeben, syrische Staatsbürger zu sein.

Die Bundesregierung beabsichtigt, deutsche Soldaten im syrischen Kriegsgebiet einzusetzen. Der Bundeswehreinsatz wird die Lage dort nicht befrieden. Vielmehr wird Deutschland dadurch nicht nur in einen Bürgerkrieg verwickelt, sondern in den Fokus von Terroristen gerückt. Während im Nahen Osten deutsche Soldaten geopfert werden sollen, verliert die Regierung hierzulande immer mehr die Kontrolle, vor allem durch die Bildung von immer mehr Parallelgesellschaften. Die Bundeswehr muss, als Verteidigungsarmee, zur Unterstützung der Sicherung der deutschen Außengrenzen eingesetzt werden, um illegale Grenzübertritte zu verhindern und somit die Terrorgefahr in Deutschland zu mindern.